



NETZWERK KINDERRECHTE ÖSTERREICH NATIONAL COALITION (NC) ZUR UMSETZUNG DER UNO-KINDERRECHTSKONVENTION IN ÖSTERREICH

www.kinderhabenrechte.at

Welttag des Kindes: Die Parteien und Kinderrechte „Kinderlärm“ - eine von 13 brennenden Kinderrechte-Fragen in Österreich

Anlässlich des morgigen Welttags des Kindes am 20. September 2013 präsentiert das Netzwerk Kinderrechte Österreich die Stellungnahmen der wahlwerbenden Parteien für die Nationalratswahl zu 13 ausgewählten Bereichen der Kinderrechte. Der Fragenkatalog umfasst ohne Anspruch auf Vollständigkeit die unterschiedlichsten Bereiche, die den 37 Mitgliedsorganisationen des Netzwerks in ihrer täglichen Arbeit auffallen und einer politischen Lösung bedürfen. So gehören zur Querschnittsmaterie Kinderrechte die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Kinderlärm, Mobbing an Schulen, Sexting, Gesundheit, Fremdunterbringung, unbegleitete minderjährige AsylwerberInnen, Jugendstrafvollzug oder Kinderhandel. Die volle Bandbreite ist auf www.kinderhabenrechte.at nachzulesen.

„Kinderlärm“ - eine von 13 brennenden Kinderrechte-Fragen in Österreich

Im Anschluss finden sich Auszüge aus den Antworten der neun Parteien zu der Frage: „Kinderlärm – was kann zur Lösung des Problems auf Bundesebene veranlasst werden?“

SPÖ:

Kinderfreundlichkeit muss ein öffentliches Anliegen sein, daher sind Klagen gegen Kinderlärm der falsche Weg. Bedauerlicherweise wird in den meisten Bundesländern, wie etwa auch in Niederösterreich, Kinderlärm mit jeder anderen Form der Lärmbelästigung gleichgestellt. Demgegenüber haben das Burgenland und Oberösterreich in ihren Bauordnungen Kinderlärm bereits explizit ausgenommen. Es wäre wünschenswert, wenn diesen Maßnahmen auch andere Bundesländer folgen.

ÖVP:

Die Petition „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“ wurde 2012 dem Petitionsausschuss mit dem rechtspolitischen Hintergrund vorgelegt, dass mittels einer Gesetzesinitiative das Anbringen gerichtlicher Klagen wegen Kinderlärms erschwert werden sollten, die darauf abzielen, die Errichtung und den Betrieb von Kindergärten oder Spielplätzen zu verhindern. In der Ausschussfeststellung wurde dazu festgehalten, dass aktuell keine dringende Notwendigkeit für eine dahingehende bundesweite Gesetzespräzisierung bestünde.

FPÖ:

Wir sprechen uns nicht gegen Kinderlärm aus. Es gibt Initiativen, die den Kinderlärm zum Beispiel in den Bauordnungen verankern wollen, um dagegen vorgehen zu können, dies wird von uns abgelehnt. Kinder sind Teil unserer Gesellschaft und wir können durch eine vermehrte Schaffung von Spielplätzen die Möglichkeit geben, dass sich Kinder dort austoben können.

GRÜNE:

Kinder haben ein Recht auf Spiel und Freizeit. In Österreich ist dies aber nicht ganz gewährleistet, denn das ABGB schließt „Kinderlärm“ als schädliche „Immission“ nicht gänzlich aus. In Deutschland wurde das geändert. Kinderlärm aus Kindertagesstätten, von Spielplätzen oder ähnlichen Einrichtungen gilt nicht länger als schädliche Umwelteinwirkung. Eine entsprechende Änderung muss bei uns umgesetzt werden.

BZÖ:

Kinderlärm kann nicht einfach „abgedreht“ werden, weil Kinder keinen „Aus-Knopf“ haben. Kinder haben das Recht zu spielen, zu lachen und Quatsch zu machen, Eltern können hier nur darauf achten, dass dies möglichst nicht in den Ruhezeiten passiert (mittags und zw. 22:00 und 07:00) und auf das Verständnis der Nachbarn hoffen.

FRANK:

Wir vom Team Stronach wollen nicht mehr Gesetze - sondern weniger. Verständnis für Kinder hat eine Gesellschaft, die sich diese auch leisten kann - und in dieser Gesellschaft haben alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit, um sich ihr Leben im zufriedenen Maße finanzieren zu können.

KPÖ:

Kinderlärm ist Zukunftsmusik

NEOS:

Kinder machen eigentlich keinen Lärm. Das wird bestätigen, wer schon einmal in der Nähe einer Schule oder eines Kinderspielplatzes gewohnt hat und die (fröhliche) Geräuschkulisse mit jener einer viel befahrenen Straße vergleicht. Trotzdem gibt es Menschen, die sich gestört fühlen. Hier ist Aufklärungsarbeit zu leisten und für ein wertschätzendes Zusammenleben der Generationen zu werben. Dabei sollten alle einen Schritt aufeinander zugehen. Doch eines steht fest: im Zweifel stehen wir auf der Seite ausgelassen spielender Kinder.

PIRAT:

Auf Bundesebene aus unserer Sicht nichts, das sind lokale Probleme, die auch nur im Einvernehmen mit allen lokal davon Betroffenen ausgeräumt werden können. Verständnis und Toleranz für die Ansichten und Bedürfnisse des jeweils anderen sind hier notwendig; von außen kann bestenfalls durch Schlichtung, Vermittlung und Mediation geholfen werden.

Rückfragehinweis:

Elisabeth Schaffelhofer-Garcia Marquez – Mobil: 0676/88011-1016

elisabeth.schaffelhofer@kinderhabenrechte.at - www.kinderhabenrechte.at